

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Allgem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Bei teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Rabatt nach Tarif, der jedoch bei gerichtl. Eintreib. od. Konfursen hinfällig wird. Erfüllungsort Altensteig. Gerichtsstand Nagold. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1,56 M., durch Agent. 1,40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pfg. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Vorfriedung der Zeitung / Postfach-Konto Stuttgart 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Tel. 321.

Nummer 117

Altensteig, Montag, den 22. Mai 1933

54. Jahrgang

Gute Wirkung der Rede Radolnys im Ausland

London, 20. Mai. Die Blätter äußern ihre Befriedigung über ihre Genfer Erklärung des Vorkämpfers Radolny „Daily Telegraph“ sagt in einem Leitartikel, der Umkehrung in der deutschen Stimmung hat die Arbeiten keineswegs leichter gemacht, aber doch das Fortschreiten der Arbeiten ermöglicht. Der tote Punkt ist überwunden und der Weg ist wieder frei. Herr Radolny hat zwar die deutschen Abänderungsanträge nicht direkt zurückgewiesen, aber er hat das Nächstbeste getan, nämlich den kritischen Entwurf als Grundlage der abzuschließenden Konvention zu akzeptieren. Ob die Abänderungen, die Vorkämpfer Radolny vorschlägt, annehmbar sein werden, steht noch nicht fest. „Morning Post“ schreibt, nachdem die Erklärung des Vorkämpfers Radolny die Situation sehr erleichtert habe, werde jetzt in gut unterrichteten englischen Kreisen die Frage erörtert, welche Haltung die Franzosen einnehmen würden. Der Genfer Korrespondent des „Daily Telegraph“ sagt, die Stimmung in Genf sei viel hoffnungsvoller.

Verlegenheit der französischen Presse

Paris, 20. Mai. Die Sitzung des Hauptauschusses der Abrüstungskonferenz hat nicht nur den französischen Delegierten Maji a li, sondern auch die französische Presse in große Verlegenheit gebracht. Der Genfer Sonderberichterstatter des „Petit Parisien“ erklärt, es wäre verabsichtlich die Ueberrauschung abzuwehren, die fast allgemein dadurch verursacht worden sei, daß Vorkämpfer Radolny in geschickter Weise in die Debatte eingegriffen und eine fast vollständige Zustimmung zum britischen Plan abgebegeben habe.

Im übrigen kommt die Verlegenheit der französischen Delegation in Genf in den Ausführungen des Außenpolitikers des „Echo de Paris“ zum Ausdruck. Aus ihnen ergibt sich auch, daß man jetzt innerhalb der französischen Regierung nicht einig ist und daß der Plan Macdonalds in den nächsten Tagen vielleicht gewisse Ueberschreitungen von französischer Seite erleben kann.

Vor Wiederaufnahme der Besprechungen über einen Biermächtepakt?

London, 20. Mai. Der politische Korrespondent der „Daily Mail“ erzählt, daß die Besprechungen über einen Biermächtepakt ohne Zeitverlust wieder aufgenommen werden sollen. Die britische Regierung werde in dieser Sache jede Anstrengung unternehmen. Der Zeitpunkt gelte angesichts der Aenderung der deutschen Haltung in der Abrüstungsfrage als günstig für die Wiederaufnahme der Besprechungen, zumal ja der deutsche Reichskanzler wiederum auf die Notwendigkeit einer Vertragsgewinnung hingewiesen habe. Es verlautet, daß die britische Regierung vorschlagen werde, der abzuschließende Pakt solle nicht, wie ursprünglich geplant, fünf Jahre, sondern zehn Jahre in Kraft bleiben.

Reichsminister Görings römische Besprechungen

Rom, 21. Mai. Zum Besuch des Reichsministers Göring hört man an unterrichteter Stelle, daß bei den diplomatischen Verhandlungen der letzten beiden Tage aufgrund der durch die Reichskanzlerrede und die Rooseveltbotschaft entstandenen Besserung der internationalen Atmosphäre die Frage des Abschlusses des vom italienischen Regierungschef Mussolini vorgeschlagenen Biererpaktes in bemerkenswerter Weise gefördert werden konnte. Nach dem Verlauf der bisherigen Besprechungen der italienischen Regierung mit Reichsminister Göring und den Vorkämpfern Englands und Frankreichs darf man mit der Möglichkeit rechnen, daß der Biererpakt schon in der nächsten Zeit unterzeichnet werden kann, wenn gleich die weiteren Verhandlungen und die Entscheidung vollständig bei den beteiligten Regierungen bleibt.

Differenzen im franz. Kabinett

Paris, 21. Mai. Der Populair will wissen, daß es im Verlauf des Kabinettsrates am Samstag zu einer scharfen Auseinandersetzung über Frankreichs Haltung auf der Abrüstungskonferenz gekommen ist. Außenminister Paul-Boncour habe die Ansicht vertreten, die Regierung müsse dem machdonaldschen Abrüstungsplan zustimmen unter der Bedingung allerdings, daß ein internationales Prüfungsamt geschaffen werde. Luftfahrtminister Cot habe die These des Außenministers unterstützt, Marineminister Leoganes ihr jedoch energisch widersprochen, wobei er die Notwendigkeit der Regierungsmittelübernahme zunächst auf seiner Seite hatte. Ausschlaggebend sei dann aber die Ansicht des Minister-

Eröffnung der landw. Ausstellung

Rede Dr. Eugenbergs und des Präsidenten Darre

Berlin, 21. Mai. Bei der Eröffnung der Wanderausstellung der DLG überbrachte Dr. Eugenberg die Glückwünsche der Reichsregierung und führte u. a. aus: Das, was wir in dieser Ausstellung sehen, ist das Bild eines unerbittlichen Fortschrittes. Doch wir wissen zugleich, daß diesem fast beispiellosen Aufstiege der Arbeit ein fast ebenso beispielloser Abstieg in den Lebensbedingungen der deutschen Landwirtschaft gegenübersteht. Zustimmend von Weltruf mußte ihre Tote schallen und die Frage wurde immer lauter: Kann man ein Mehr noch wünschen, wenn schon das vorhandene fast unabschätzbar ist und nur zu Preisen abgegeben werden kann, die der Arbeit keinen Lohn mehr lassen. Dieser verhängnisvolle Irrsinn ist mit dem Eintritt der nationalen Regierung verlassen worden. Mit unserem Festplan haben wir die Dinge an der Wurzel gepackt. Es ist damit eine Entwicklung eingeleitet, die allmählich die Preise sämtlicher landwirtschaftlicher Erzeugnisse in ein organisches Verhältnis zueinander bringen und damit auch die landwirtschaftliche Produktion aus ihrer Seelenentwicklung wieder herausführen wird. Nach Jahren fehlgeleiteter agrarpolitischer Versuche hat die Agrarpolitik hier zum ersten Male wieder einen vorausgesetzten und mit präziser Genauigkeit eingetroffenen Erfolg.

Alles, was man als unheilvolle Folge entschlossener Agrarpolitik früher an die Wand gemalt hat — ich habe es immer bestritten — ist tatsächlich nicht eingetreten. Im Gegenteil, es zeigt sich schon heute, daß eine klare Binnenmarktpolitik zugleich die beste Grundlage für eine gesunde Außenhandelspolitik ist. Der Handelsvertrag mit Holland ist der erste Vertrag seit langer Zeit, der mit einem exportwichtigen Lande geschlossen ist, ohne daß die Landwirtschaft ein ihre Lebensinteressen berührendes Opfer zu bringen brauchte.

Auch der deutsche Konsument wird, wenn er nur etwas Geduld hat, bald erkennen, welcher Segen von einem gesunden Binnenmarkt ausgeht. Wo Preistreiberien auftreten — es liegen darüber einige Beschwerden vor — haben wir wirksame Mittel des Einwirkens. Die zunehmende Produktivität der Landwirtschaft und die Hoffnung, die sie befeuert, wird auf die anderen Berufsstände überreifen. Es sind in diesem Frühjahr beispielsweise 60 000 jugendliche Arbeitskräfte mehr in der Landwirtschaft eingestellt als im Vorjahre. Der Aufwand an Düngemitteln ist ebenfalls gestiegen. Auch die sonstigen Anschaffungen werden zunehmen.

Die Landwirtschaft weiß jetzt, in welcher Richtung sie sich zu betätigen hat. Jetzt sehen wir alle ohne viele Worte die großen Produktionsziele: mehr Futtermittel! Mehr Fette! Ein weiteres Ziel ist schon abgeleitet. Es gilt einen Angriff auf die unerbittliche Abhängigkeit Deutschlands von den fremden Textilrohstoffen zu führen. So ist der Gedanke, daß in Deutschland Heberproduktion herrsche — ein Gedanke, der aller Arbeit ihre Freude nehmen mußte — in wenigen Monaten durch die Tat widerlegt. Nach Jahren des Abwärtsreitens ist der Weg nach oben wieder angetreten.

Die Preisbildung ist nicht das einzige Mittel zur Gesundung der Landwirtschaft. Daneben steht die Notwendigkeit der Ausgabenlenkung und die organische Gestaltung des Abbaus, der Selbsthilfeeinrichtungen und der Selbstverwaltung der Landwirtschaft. Ein Entschärfungsbescheid, in dem ich alle auf diesem Gebiete gemachten Erfahrungen niedergelegt habe, steht zur Entscheidung des Reichskabinetts. Der Zins der Landwirtschaft muß, wie es auch früher der Fall war, niedriger sein als

der Zins in den übrigen Wirtschaftszweigen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik aber ist es, die Landwirtschaft in den Stand zu setzen, einen solchen angemessenen Zins zu zahlen. In dem Entscheidungsentwurf befindet sich entsprechend meinen alten Vorschlägen auch ein Abschnitt über die Stielung. In Arbeit vereint, so schloß der Minister, wollen wir uns durch nichts auseinandermanövrieren lassen. Der entschlossene Wille der Regierung, die Rettung des Bauern durchzuführen, bedarf einer geschlossenen Unterstützung. Wenn wir von dieser Ausstellung heimkehren, so tun wir es alle mit dem Voratz hoffnungsvoller Arbeit.

Rede des Präsidenten Dr. Darre

Im Anschluß an die Ausführungen von Reichsminister Dr. Eugenberg nahm der Präsident des Deutschen Landwirtschaftsrates, Darre, das Wort. Max Goltz, so führte er u. a. aus, der Gründer der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, sei einer der ersten Vorkämpfer für ein geeintes Bauerntum gewesen. Er, der Techniker, der dem im Boden festverwurzelten Schwabenvolk entstammte, erkannte frühzeitig die Bedeutung des technischen Fortschrittes für unsere Bauern. Wieviel Kummer und Trübsal durch deutsche Haberdicht und mangelndes Vertrauen mußte er erdulden, ehe ihm sein Werk gelang. Der zurückliegende Abschnitt unseres Kampfes um den Lebensraum des deutschen Bauern in seiner Zerstückelung und seiner jahrelangen scheinbaren Auslöschung schien mancherlei Reuehaftigkeit aufzuweisen.

Diese Zeit sei nun überwunden. Die Bahn sei frei, um abseits aller Sonderinteressen den Aufbau des deutschen Volkes und der deutschen Wirtschaft von der einsigen Grundlage der durchgeführten, welche die Gewähr für einen Aufstieg der Nation biete. Das sei nach den Worten, die unser Führer Adolf Hitler am Tage der deutschen Arbeit verkündete, das deutsche Bauerntum.

Die städtische Bevölkerung, die man gerade hier in der Reichshauptstadt in großer Zahl zu begrüßen hoffe sollte, wenn sie die Jahreschau der deutschen Bauernarbeit betrachte, zweierlei bedenken. Was hier zu sehen sei, seien keineswegs nur Spitzenleistungen, sondern eine gute gleichmäßige marktfähige Ware für die Versorgung der städtischen Verbraucher bereitzustellen. Damit werde die reiche Jahreschau zu einer Mahnung an den städtischen Verbraucher, ganz besonders an die Hausfrau, bei allen ihren Einkäufen in erster Linie die deutsche Bauernarbeit zu fördern. Und noch etwas anderes müsse angesichts dieser Schau gesagt werden. Aus allem, was zu sehen sei, könne leicht die Ansicht aufkommen, daß es dem deutschen Bauern nicht so schlecht gehe, wie es immer heiße. Dem sei aber nicht so. Wenn der deutsche Bauer trotzdem weitergearbeitet habe, so in der Hoffnung, daß die Schwierigkeiten überwunden werden. Der 30. Januar habe die Richtigkeit dieser Hoffnung erkennen lassen. Der deutsche Bauer werde weiter arbeiten und weiter kämpfen wie die politische Staatsführung es von ihm erwarte.

Gouverneur v. D. Dr. Schnee

Im Rahmen der kolonialen Verbände, die auf der Ausstellung eine Kolonialausstellung veranstaltet haben, sprach Gouverneur Dr. Schnee. Die koloniale Sonderchau solle, so führte er aus, die Lebensnotwendigkeit des eigenen deutschen Kolonialbesitzes vor Augen führen.

präsidenten und Kriegsministers Daladier gewesen. Daladier habe eine Vergleichsformel vorgeschlagen. Danach solle die französische Regierung durch Außenminister Paul-Boncour in Genf erklären lassen, daß sie grundsätzlich dem englischen Abrüstungsplan zustimme, jedoch nur unter zwei Bedingungen: 1. Der Schaffung einer internationalen Rüstungskontrolle und 2. der Durchführung der Abrüstung in Gruppen. Diese Beschlüsse seien vom Kabinettsrat trotz des Widerstandes des Marineministers Reques angenommen worden und Außenminister Paul-Boncour habe sich bereit erklärt, sie auf der Abrüstungskonferenz zu vertreten.

Annaberg-Fest der oberschlesischen SA.

St. Annaberg, 21. Mai. Aus Anlaß der Wiederkehr der Erstkürmung des Annaberges durch den deutschen Selbstschutz fand auf dem Steinberg, der dem Annaberg vorgelagert ist, ein großer Aufmarsch der SA. aus ganz Oberschlesien statt. Etwa 15 000 SA-Leute waren in einem weiten Biviere angetreten. An der Rundgebung nahmen neben dem Oberführer der SA. von Oberschlesien, Polizeipräsident Ramshorn-Gleiwitz, auch Obergruppen-

fürher Polizeipräsident Heines-Breslau, eine Abordnung der sächsischen SA., sowie der frühere Polizeiführer Südost, General Bischoff, teil.

Obergruppenführer Heines führte in seiner Ansprache u. a. aus, nicht nur als Naturdenkmal rage der Annaberg tief hinein in deutsches Heimatland, sondern er sei auch ein Symbol und gehöre mit zu den Tausenden aus der großen Zeit der letzten 14 Jahre. Neben Scapa Flow, dem Märtyrertod von Schlageter und dem Mahnmahl an der Feldherrnhalle in München reihe sich würdig der Annaberg ein. Als der Annaberg gestürmt wurde, habe der Selbstschutz die gesteckten Ziele örtlicher Abwehr überschritten. Diese deutsche Jugend, sagte der Redner, ließ sich nicht mehr zurückhalten, ließ sich nicht mehr durch Zylinderhüte aufhalten. Annaberg ist der Durchbruch, der erste Anfang, die Kündigung des kommenden Reiches, das am 30. Januar durchgedrungen ist. Der Gruppenführer gedachte dann der Oberländerfeier in Schliersee und gab bekannt, daß er nach dort ein Telegramm folgenden Wortlauts gerichtet habe: „14 000 SA.-Männer Oberschlesiens sind auf dem Annaberg zu zwölftägigem Gedenken der Erstkürmung zusammengelassen. Wir grüßen Euch Oberländer Kämpfer. Annaberg ist für uns Verpflichtung, die SA. hat die Grenzwehr übernommen.“



Massenfundgebung der NSD.

Berlin, 21. Mai. In einer großen Massenfundgebung der Berliner Betriebszellenorganisation hatten sich am Sonntag vormittag im deutschen Stadion im Grunewald die Mitglieder der NSD versammelt. Als erster Redner überbrachte Reichsstatthalter Kötter der Versammlung die Grüße von der Bewegung an der Wasserfront. Sodann hielt der Berliner Gauleiter der NSD, Reichsminister Dr. Göttsche, eine Ansprache. Diese Resolution, erklärte er, ist in wahrstem Sinne des Wortes eine Arbeiterrevolution gewesen. Nicht umsonst haben wir die Bewegung, die Komparten die gegen den 9. November 1918 aufstand, eine Arbeiterpartei genannt. Mit dem 30. Januar hat die Aufarbeitung der nationalsozialistischen Bewegung begonnen. Wer vor dem 30. Januar zu uns kam, der hat damit bewiesen, daß er eine Sache um ihrer selbst willen tun kann. Anders ist es vielfach mit denen, die nach dem 30. Januar zu uns gekommen sind. Ich appelliere nun in dieser Stunde an Euch: Laßt die Bewegung nicht verflüchten! Laßt in diese Bewegung weder eine getranke Kommune, noch ein verflüchtetes Speichertum hinein. Protetiert dagegen, wenn man aus unserer Revolution eine laue, flasse, bürgerliche Angelegenheit machen will. Der Staat, den wir wollen, soll ein ganzes Volk umschließen.

Als letzter Redner wies der Gaubetriebszellenleiter Engel auf die Bedeutung der Massenfundgebung als Weckruf der Arbeit hin. Die NSD, in Berlin umfasse rund 400.000 Mitglieder. Es sei nur zu selbstverständlich, daß bei dieser ungeheuren Zahl in der nächsten Zeit eine Inventur gemacht werden müsse und so könne leicht der Fall eintreten, daß 80 oder 100.000 Mitglieder ausgeschlossen würden. Die Bewegung würde durch diesen Ausschluß nur gewinnen. Wir bauen das sozialistische Deutschland. Die NSD, bleibt in voller Alarmbereitschaft. Jeder hat seine Pflicht zu tun.

Für den deutschen Fremdenverkehr!

Eine Rundgebung im Propagandaministerium

Im Reichsministerium für Volkswirtschaft und Propaganda fand letzte Woche eine aus dem ganzen Reich stark besuchte Rundgebung für den deutschen Fremdenverkehr statt. Reichsminister Dr. Göttsche hielt eine Rede, in der er zunächst betonte, daß es so lange gedauert habe, bis die Bedeutung des Fremdenverkehrs in Deutschland anerkannt worden sei. Noch länger habe es gedauert, bis eine deutsche Regierung diese Aufgabe aufgegriffen habe in der andere Länder ihr zum Nachteil vorausgegangen seien. Den Männern der nationalen Regierung sei es vorbehalten geblieben, sich an die Spitze der Fremdenverkehrsbewegung zu stellen. Dr. Göttsche schilderte dann eingehend die Auswirkungen des Fremdenverkehrs auf allen Gebieten des wirtschaftlichen Lebens. Der Fremdenverkehr könne geradezu als eine Schlüsselindustrie angesehen werden, betrage doch die Zahl der Fremdenübernachtungen in Deutschland etwa 50 Millionen jährlich. Auf Auslandsreisen hätten Deutsche im letzten Jahre etwa 300 Millionen RM. ins Ausland gebracht, dagegen seien nur 240 Millionen RM. durch Reisen von Ausländern nach Deutschland hereingekommen. Die Aufgabe, die Zahlungsbilanz im Fremdenverkehr aktiv zu machen, sei des Schweißes der Besten wert. Man müsse das Augenmerk auch auf die idealen Momente lenken, die in die Fremdenverkehrsbewegung eingeschlossen werden, die Aufgabe, von den Schönheiten des Landes zu berichten. Es müsse jedem das Herz aufgehen, wenn er sich in die Schätze der deutschen Heimat versenke. Jeder Deutsche müsse stolz sein auf Land und Heimat, nicht nur auf den geographischen Landstrich, auf die ideale Vereinigung von Hochgebirge, Mittelgebirge und Flachland, von Flüssen und Seen, von Land und Wasser, sondern auch auf das, was unsere Vorfahren aus diesem Flecken Erde gemacht haben. Was Deutschland vor allen Völkern der Erde voraus habe, sei eine Höchstzahl von Kulturmittelpunkten auf engem Raum, die nicht nur historische Erinnerungen verkörperten, sondern zu einem feistehenden Begriff geworden seien. In diesem Augenblick, wo die ganze Welt wieder die Register deutschfeindlicher Propaganda gezogen habe, um Deutschland als Kulturvolk zu ächten, müsse daran erinnert werden, was Deutschland getan habe, um beispielsweise das klassische Altertum und die Schönheiten Griechenlands wieder ans Tageslicht zu bringen. Er stellte feierlich fest, daß an allen im Auslande in raffinierter und demagogischer Weise verbreiteten Gerüchten, in Deutschland herrsche Unordnung, Ausländer würden belästigt, kein wahres Wort sei. Er richte an alle Völker die Einladung, sich durch Besuche in Deutschland von der Haltlosigkeit dieser Gerüchte zu überzeugen. Sie würden nirgends besser als in Deutschland aufgehoben sein.

Die Zeiten, wo es zum guten Ton gehörte, ins Ausland zu reisen, seien für die Deutschen vorbei. Das deutsche Volk sei erfüllt von dem Willen der Rückkehr zur Natur, die sie zur Wiedererweckung der deutschen Heimat hinführe. Mit Befriedigung könne er feststellen, daß das deutsche Fremdenverkehrsgewerbe dem Zuge der Zeit, der auch die breiten Massen an den Schönheiten der Heimat teilnehmen lassen wolle, entgegenkomme. Die Rundreisen seien vorbildlich organisiert, so daß auch der einfache Mann die Möglichkeit habe, sich in seinem Vaterlande umzusehen. Der Fremdenverkehr habe das Problem gelöst, auch Reisen für Wenigbemittelte zu ermöglichen. Die Reichsbahn habe durch die Einführung von Sommerurlaubskarten, Fernsonderzügen und billigen Gesellschaftsfahrten sich ein hohes Verdienst erworben. Wenn eine allgemeine Tarifsenkung an ihre Stelle trete, seien alle seine Wünsche erfüllt. Der Reichsstatthalter habe den großen Plan des Ausbaues des deutschen Straßennetzes im Fernverkehr verkündet. Notwendig sei die Zusammenarbeit von Eisenbahn, Kraftwagen und allen anderen Verkehrsmitteln, die immer noch nicht den Höchstgrad der Zweckmäßigkeit erreicht habe. Dr. Göttsche erklärte, er werde alles tun, um die Werbearbeit, die im Hauptausmaß für den deutschen Fremdenverkehr geleistet werde, auf dem Gebiete der Presse, des Rundfunks und des Films nach Kräften zu fördern, denn er sei sich bewußt, daß nicht nur große materielle Werte, sondern auch moralische, seelische und politische Werte auf dem Spiel ständen. Die Hinwendung des Fremdenverkehrs nach Ostpreußen und Danzig sei von größter nationalpolitischer Bedeutung für Reich und Volk. In die Fremdenverkehrsbewegung dürfe nicht nur eingeschlossen werden, was innerhalb unserer gegenwärtigen Reichsgrenzen liege, sondern die Fremdenverkehrsbewegung müsse getragen sein von dem Gedanken: Das ganze Deutschland, soweit die deutsche Junge Klingt und Gott im Himmel Lieber singt, soll es sein.

Der bayerische Staatsminister Esser sprach für den Bund deutscher Fremdenverkehrsverbände. Er erkläre in der Rundgebung einen verbindungslosen Aufruf für eine Förderung des

Fremdenverkehrs, wie sie bisher noch nicht erlebt wurde. Der Fremdenverkehr sei heute mehr denn je eine nationalpolitische Angelegenheit geworden. Der Ruf: Vernt Deutschland kennen! Reist in Deutschland! sei nicht der Ruf verständnisloser Autarkisten, sondern die Mahnung zur deutschen Einheit, die Voraussetzung, daß die deutschen Stämme zueinander finden. Wer seine Heimat nicht kenne, habe keinen Maßstab für die eigene Größe. Wenn man herüchelt, daß der deutsche Anteil an den in Oesterreich abgegebenen Fremdenmeldungen 58,4 v. H. und im Lande Salzburg sogar 72,4 v. H. betrage, so sei das eine deutliche Aufforderung an das deutsche Volk, daran zu denken, daß wir im eigenen Lande ein notleidendes Gewerbe haben. Solche Dinge müßten aber auch außerhalb der Grenze berücksichtigt werden. Jeder Deutsche müsse ein Hüter deutscher Lebensart, deutscher Kultur und deutscher Schönheit werden.

Fremdenverkehrssperre für Oesterreich?

Wien, 20. Mai. Bei der Begrüßung der ausländischen Pressevertreter, die auf ihre Reise durch Bayern hier eingetroffen sind, sprach u. a. Staatsminister Esser. In seiner Ansprache berührte er auch das Verhältnis Deutschlands zu Oesterreich und sagte: Wir in Deutschland und in Bayern können die gegenwärtige Entwicklung in Oesterreich ertragen und uns schädigt sie nicht. Sie kann uns nur innerlich wehe tun. Wenn man sagt, daß man auf Besuche von Deutschen verzichten könnte, wenn man sagt, daß man kein Braudemb leben wolle, dann werden Sie verstehen, daß die Regierung das tut, was sie tun muß, daß sie eben auch ihrerseits die nötigen Maßnahmen trifft. So haben wir beantragt, daß der Reijestrom von Deutschland her nach Oesterreich, in ein Land, wo der Deutsche nicht als vollwertig anerkannt wird, abgedämmt werde.

Gegen den Preiswucher

Ministerpräsident Siebert in Augsburg

Augsburg, 21. Mai. Unter ungeheurer Anteilnahme der Bevölkerung fand heute der feierliche Einzug des bayerischen Ministerpräsidenten Siebert in Augsburg statt. Auf dem Rathaus wurde er von Regierungspräsident Graf Sprell und Oberbürgermeister Dr. Böhl, der ihm den Ehrenbürgerbrief überreichte, empfangen. Im Anschluß daran erließen Ministerpräsident Siebert auf dem Balkon des Rathauses, von der Menge förmlich begrüßt. In seiner Ansprache wandte sich der Ministerpräsident u. a. gegen die Preissteigerungen der letzten Tage und erklärte: Wir werden nicht die Hand dazu bieten, daß der Grundjah Gemeinnutz vor Eigennutz mißbraucht wird. Wir haben mit fester Hand zugegriffen. In Dachau werden einige darüber nachdenken, ob es klug war, solchen Verführungen nachzugeben. Wir müssen diesen Auswüchsen von vornherein entgegenzutreten. Ich garantiere ihnen, daß wir das gründlich tun werden.

Auf der Amtswahlertagung des Gaues Schwaben, an der der Ministerpräsident sodann teilnahm, wiederholte der Ministerpräsident seine Androhungen gegen die Preiswucherer und erklärte u. a., er habe in den letzten Tagen Auftrag gegeben, daß zunächst die Polizei gegen den Preiswucherer mit aller Schärfe vorgehe. Er scheue auch nicht davor zurück, sich diejenigen genau anzusehen, welche die Preise von oben herunter zu distillieren versuchten und ihnen in Dachau Gelegenheit zum Nachdenken zu geben. Die Preissteigerung, welche die Landwirtschaft brauche, müsse auf andere Weise erzielt werden. Sie dürfe nicht allein zu Lasten des Verbrauchers gehen, sie müsse sich vom Produzenten bis zum Verbraucher verteilen.

Aktion gegen die Preiswucherer in Bayern

München, 21. Mai. Die Zahl der Gefahlsinhaber, die unbedingte Preisverbände bei Gegenständen des täglichen Bedarfs vorgenommen haben, hat sich bis Samstagabend auf 220 erhöht. Unter den Festgenommenen befinden sich etwa 100 Frauen, während die Männer in das Dachauer Konzentrationslager abtransportiert wurden, wurden die Frauen in das Strafvollzugsgefängnis Stadelheim gebracht.

Skandal ums Görres-Haus

Ein Konkurs mit 11 Millionen Passiven

HGD. In Köln fand die Konkursverhandlung der „Görres-Haus AG“ statt, in der der Konkursverwalter, Rechtsanwalt Dr. Bodenheim, den Bericht erstattete. Der Bericht gab das Bild eines Korruptionsstandals, wie er in diesem Umfang bisher selten erlebt worden ist. In den reinen Passiven in Höhe von 7 Millionen RM. kommen noch die Forderungen der ausfalligen Aktionäre, die die Summe auf 11 Millionen RM. erhöhen. Außerdem kommt in dem Bericht zum Ausdruck, daß die Beschuldigungen gegen Generalkonsul Maus Konsul Stoen, Justizrat Manning und Bankdirektor Dr. Bräning sich bestätigt haben.

Der Großindustrielle Dr. Fackelsberger, der das Verlagsunternehmen, das in Zahlungsschwierigkeiten geraten war, saniert wollte, hat erklärt, daß die Geschäftsführung der Beschuldigten geradezu unerhört sei. Man könne das Görres-Haus nur als einen Sausall bezeichnen. 600 Arbeiter und 200 Angestellte sind brotlos gemacht worden. Das Vergleichsverfahren wurde seinerzeit abgelehnt. Als die skandalösen Zustände bekannt wurden, war kein Geld mehr vorhanden, um die Löhne und Abgaben zu zahlen, dafür waren aber an zwei Vorstandsmitglieder 70.000 RM. als Vorhülle gezahlt worden. Die bestehenden Anleiheungsverträge wurden sofort zum nächsten Termin gekündigt, zum Teil sind sie aber noch nicht abgeliefert. Die Buchhandlungen und Verlagsrechte wurden sofort verkauft, und aus dem Erlös konnte man mit Mühe die laufenden Verpflichtungen erfüllen. Nur mit größter Anstrengung gelang es, die Einkassierung des Konkurses mangels Masse zu verhindern. Den großen Passiven gegenüber stehen lediglich die Regrehsprüche, deren Eintreibung großen Teiles sehr zweifelhaft ist.

Dr. Bodenheim ging dann auf die Gründung der Gesellschaft, ein, deren Stammkapital zu Beginn nur 600.000 RM. betrug. Schon vom Jahre 1926 an arbeitete die damalige G.m.b.H. mit Verlust. Trotzdem erschien aber in der Bilanz ein Gewinn. So

wurde die Aktioseite der Bilanz vom 31. Dezember 1929 durch die unzulässige Aktioerhöhung von Verlagsrechten um 1,2 Millionen RM. erhöht. Damals betrug in Wirklichkeit der Verlust bereits 3 Millionen RM. Die Deutsche Bank mußte jahrelang große Kredite zur Verfügung stellen, um die Zahlungsunfähigkeit zu verhindern. Die Umwandlung der G.m.b.H. in eine Aktiengesellschaft war eine ausgedehnte Scheingründung, bei der sich besonders der Bankdirektor Dr. Bräning strafbar machte. Wie weit die Deutsche Bank dabei schuldhaft oder fahrlässig beteiligt ist, konnte noch nicht ganz geklärt werden. Am Gründungsstage übergab die Deutsche Bank einen Brief, in dem den Gründern der Görres-Haus AG. bescheinigt wurde, daß ihnen bei der Deutschen Bank 6,6 Millionen RM. in bar zur Verfügung stünden. In Wirklichkeit war dieser Betrag von den Zeichnern nie eingezahlt worden. Es waren lediglich 63.000 RM. vorhanden.

Die Kassegläubiger und die bevorrechtigten Forderungen sollen befriedigt werden. Das Schicksal der übrigen Gläubiger und der Aktionäre wird von dem Ausgang der Regrehsprüche abhängen.

Neues vom Tage

Der Reichsstatthalter in München

München, 20. Mai. Reichsstatthalter Adolf Dikler traf am Samstag vormittag mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug aus Berlin kommend in München ein. In seiner Begleitung bestand sich der Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess.

Der Reichsstatthalter am Montag und Dienstag in Kiel

Berlin, 21. Mai. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, handelt es sich bei der Reise des Kanzlers nach München um eine private Reise im Interesse der Partei. Am Montag und Dienstag findet in Kiel ein Besuch des Reichsstatthalters, des Vizestatthalters, des Reichswehrministers, des Reichsluftfahrtministers sowie des Reichspropagandaministers bei der Flotte statt.

Prinz Philipp Oberpräsident von Hessen-Kassau

Berlin, 21. Mai. Wie von zuständiger Stelle betätigt wird, ist Prinz Philipp von Hessen, vorbehaltlich des Einverständnisses des Provinzialparlamentes zum Oberpräsidenten der Provinz Hessen-Kassau ernannt worden. Der bisherige Oberpräsident der Provinz Hessen-Kassau, von Hüller, wird seine frühere Stellung als Kurator der Universität Marburg behalten. Prinz Philipp ist verheiratet mit der Prinzessin Natalia, einer Tochter des Königs von Italien.

Brand der Bartensteiner Mühlenwerke

Bartenstein (Ostpreußen), 21. Mai. In den Mühlenwerken von Neuer entstand Sonntag vormittag ein Brand, der sich in ganz kurzer Zeit zum verheerenden Großfeuer ausweitete. Ein Mühlenspeicher mit 4000 Zentnern Wehl und Mele wurde vernichtet, ein Silo mit 20.000 Zentner Roggen durch Feuer und Wasser sehr mitgenommen. Außerdem hatten einige Nebengebäude Feuer gefangen. Sie konnten jedoch von der Feuerwehr abhalten werden.

Japanische Bombenflugzeuge über Peking und Tientsin

Peking, 20. Mai. Elf japanische Bombenflugzeuge haben in drei Gruppen Peking in etwa 1000 Meter Höhe überflogen. Sie entfielen sich nach einer halben Stunde in östlicher Richtung. Auch über Tientsin erschienen drei japanische Bombenflugzeuge, die dann ebenfalls Kurs nach Osten nahmen.

Aus Stadt und Land

Allensteig, den 22. Mai 1933.

Ein prachvoller Sonntag liegt hinter uns. Auf die vielen Regentage hin war es überall ein aufatmen und eine Freude über das schöne Frühlingswetter und über die warmen Sonnenstrahlen. Im Schmutz der blühenden Obstbäume war es eine Luft, durch Felder und Wiesen zu wandern oder mit dem Fahrzeug den herrlichen Maienitag zu genießen. Der Verkehr war überall ein außerordentlich großer und überall an Gaststätten, in Wald und Feld sah man viele Wagen parken. Einen besonders schönen Genus hatten die Mitglieder des Schwarzwalddereins, die nach Wildbad wanderten und abends mit einem Simmersfelder Auto wohlbefriedigt nach Hause zurückkehrten. Überall wohin man kam und wohin man sah, konnte man freudige Menschen erblicken, die den herrlichen Maienitag mit dankbarem Herzen genossen.

Unterstützt den Verein für das Deutschtum im Ausland!

Dieses Jahr zum ersten Male beteiligt sich die hiesige Latein- und Realhule an der Sammlung des Vereins für das Deutschtum im Ausland (VDV). Schüler mit Sammelisten werden sich in den kommenden Tagen in die Häuser ihrer Bekannten geben, mit der Bitte um kleine und kleine Gaben. Wozu wird denn eigentlich gesammelt: 40 Millionen deutscher Volksgenossen, die unsere Heimat nicht ernähren konnten, wohnen im feindlichen Ausland, das seine ganze Kraft daran setzt, diese Auslandsdeutschen ihrer Heimat abtrünnig zu machen, vor allem dadurch, daß deutsche Kinder in fremden Schulen erzogen werden sollen. Die nationale Ehre und das Gefühl der Volksgemeinschaft gebieten uns, unsere Brüder jenseits der Grenzen in ihrem Abwehrkampf zu unterstützen und es ihnen zu ermöglichen, daß sie die Verbindung mit ihrer Heimat aufrecht erhalten und ihre Kinder deutsch erziehen lassen können. Kein Opfer wird groß genug sein, unsere Dankeschuld dem Auslands- und Grenzdeutschtum abzutragen, das uns den Führer der nationalen Erhebung Adolf Hitler geschenkt hat. In der klaren Erkenntnis, wie wichtig die Aufgaben sind, die der VDV zu leisten hat, hat Reichsstatthalter Murr die Schirmherrschaft über die VDV-Werbeweche übernommen. Unser Geschlecht ist zum Opfer geboren; das Erbe der Väter ist uns verloren, und wir wollen alles daran setzen, es uns wieder zu gewinnen!

Die Vorsitzenden der Kreisbauernschaften. In der am

Dienstag im Fraktionszimmer (Landtag) der NSDAP. unter dem Vorsitz des Staatskommissars für Landwirtschaft stattgefundenen Landesführergemeinschaft der bäuerlichen Organisationen wurden die neuen Bezirksvorsitzenden ernannt und zwar für Ragold: 1. Vorsitzender: Kaimbach, Michael, Egenhausen; 2. Vors. Kasper, Jul., Talhof bei Ragold. Calw: 1. Vorsitzender: Hanselmann, Karl, Liebelsberg; 2. Vors.: Lehner, Jakob,



aus einem Erlaß demnach, erhöht, daß man sie vor vollendete Tatsachen stelle. Nach dem Kaufvertrag wurden etwaige Abfindungen an Beamte durch die WAG bezahlt. Eine solche Abfindung hat Direktor Dittel von der WAG erhalten. Es steht fest, daß Direktor Dittel durch die WAG 70.000 RM Schmiergeldet — anders könnte man es nicht mehr nennen — erhielt. Zum Schluß erklärte Oberstaatsanwalt Weiler zusammenfassend, daß es nicht zu verhehlen sei, daß die Ministerialabteilung nachträglich die formale Genehmigung erteilt hat. Der Vorsitzende, Oberbürgermeister Dr. Gönnerwein, erklärt, die Stadtverwaltung werde die Unterlassung vornehmen, eventuell müsse auch die Staatsanwaltschaft für die Sache interessiert werden. Zum Schluß der Aussprache wurde ein nat.-soz. Antrag einstimmig angenommen: Die Pensionzahlung an Dittel zu streichen, gegen Dittel wegen eines Vergehens im Sinn des Paragraph 131 StGB Strafanzeige zu erheben, ferner die an Dittel geleistete Abfindungssumme von 70.000 RM als Teil des Kaufpreises anzusehen und die Vortreibung dieses Betrages sofort einzuleiten.

Zu dem Bericht schreibt die Württ. Landes-Elektrizitäts-WG. Stuttgart: 1. Der Kaufpreis wurde auf 2 Millionen RM, ausgedehnt. Nach Paragraph 7 des Kaufvertrages hatten wir außerdem Abfindungen für die von uns teils nicht übernommenen, teils in unsere Dienste tretenden Beamten zu leisten. Von der Übernahme des Direktors Dittel in unsere Dienste nahmen wir Abstand. Für die Abfindung des Direktors Dittel wurde als Richtlinie folgendes Vertragsmodell festgelegt: „Von der Reihe der pensionsberechtigten Beamten ist nun noch Direktor Dittel übrig. Dieser ist seit 1913 im Dienste der Stadt. Es sind ihm aber, wie allgemein üblich, Jahre, die er in anderen Stellen verbracht hat, gut gebracht worden. Jedoch er heute eine Dienstzeit von 25 Jahren hinter sich hat. Für ihn kann es sich außer der Pension eigentlich nur um eine Abfindung handeln, wie diese auch sonst in ähnlichen Fällen üblich ist. Dabei sind die wohlverdienenden Rechte und eventuellen besonderen Verdienste, die er sich um das Werk erworben hat, besonders zu berücksichtigen“. Von dem Beauftragten und Treuhänder der Stadt wurden zuletzt nach langwierigen Verhandlungen als Ab-

findung 70.000 RM. verlangt und von uns bewilligt. Es ist also festzustellen, daß die an Direktor Dittel bezahlte Abfindung mit dem Kaufpreis nichts zu tun hatte. Neben dem Kaufpreis hatten wir für das nicht auf der Höhe stehende Elektrizitätswerk unmittelbar nach dem Kauf 350.000 RM. für die Verbesserungen des Werks aufgewendet. Trotzdem begannen wir unsere Tätigkeit in Schwemmungen damit, daß wir eine Senkung des Strompreises vornahmen.

Polizeigeneral Schmidt

Von ausländischer Seite wird mitgeteilt: Aus Grund der Gleichhaltung mit den entsprechenden Führerstellen der anderen deutschen Länder hat der Kommandeur der Württ. Schutzpolizei die Uniform eines Polizeigenerals und den Titel „General“ verliehen erhalten. Seine Dienstgradabzeichen sind die bekannten gold-silbernen Achselstücke und goldene Kragenfahnen des Generals, ferner silberne Stickerei auf den Kragenspiegeln und breite grüne Streifen an den Beinkleidern.

Aus dem Gerichtssaal

Wer den Hitlergruß verweigert, kann bestraft werden

Karlsruhe, 21. März. Der Einzelrichter des Karlsruher Amtsgerichts hat einen früheren Bankangestellten wegen Verweigerung des Hitlergrüßes, d. h. des Hochhaltens der Hand, zu zwei Tagen Haft verurteilt, und zwar unter dem rechtlichen Gesichtspunkt des groben Unfugs. Nach Ansicht des Richters begeht derjenige groben Unfug, der bei nationalen Kundgebungen, sowie beim Deutschlandlied und Horst-Wessel-Lied die Hand nicht erhebt und sich dadurch den Unwillen anderer Beteiligten zuzieht. Dieses Handerheben sei eine nationale Selbstverpflichtung geworden. In der Urteilsbegründung wurde als Vergleich herangezogen, daß bei einer Fronleichnamspredigt auch der Nichtkatholik durch Hutabnehmen seine Ehrerbietung zu erweisen habe.

Druck und Verlag der W. Rieker'schen Buchdruckerei, Altensteig.
Verantwortlich für die Schriftleitung: E. Paul.

N. S. Frauenschaft!
Heute abend 7 1/2, 9 Uhr
Städt. Frauenerbschule.

Letzte Nachrichten

Vater mit drei Kindern in den Tod gegangen

Swinemünde, 21. Mai. Eine furchtbare Schredenstat ereignete sich am Sonntagmittag am Strand von Swinemünde. Der seit längerer Zeit nervenranke Hafenbauangestellte Emil Heuer hatte ein Ruderboot gemietet und fuhr mit seinen drei Kindern auf die Ostsee hinaus. In einiger Entfernung warf er die beiden Mädchen im Alter von neun und sieben Jahren und seinen fünfjährigen Knaben über Bord und sprang selbst hinterher. Alle vier sind ertrunken.

Orden „Friedrich der Große“ wird nicht anerkannt
Berlin, 21. Mai. Die große Mutterloge „Zu den drei Weltkugeln“ hatte bekanntlich unlängst den Beschluß gefaßt, sich aufzulösen und ihre Mitglieder in einen „Nationalen christlichen Orden Friedrich der Große“ zusammenzufassen. Auf ein Schreiben der Loge an die Reichsleitung der NSDAP. ist nunmehr eine Antwort eingegangen, in der es, wie der „Angriff am Montag“ meldet, u. a. heißt, daß die Wahrung der nationalen und ethischen Güter des deutschen Volkes in keinen besseren Händen ruhen können als in denen des Führers. Sie lehne deshalb eine Zusammenfassung deutscher Menschen in kleinen Gruppen zu dem gleichen Zweck ab, da sie sie als Hemmnis der vom Führer angestrebten wirklichen Volksgemeinschaft ansehen müsse.

Sektorden

Althengstett: Gustav Stüdel, 61 Jahre alt.
Birkenfeld: Karl Wahi, Profurist, 57 Jahre alt.

Altensteig, 22. Mai 1933.

Todes-Anzeige.



Unsere liebe, treusorgende, unvergeßliche Mutter, Schwester, Schwiegermutter, Großmutter, Schwägerin und Tante

Luise Dürrschnabel

Adlerwirts Witwe

durfte gestern Mittag im Alter von nahezu 84 Jahren zur ewigen Ruhe eingehen.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
der Sohn: Fritz Dürrschnabel zum „Adler“ und Frau
die Tochter: Luise Kalmbach geb. Dürrschnabel mit Gatten
Bopfingen und 4 Enkelkinder.

Beerdigung Mittwoch nachmittag 2 Uhr auf dem alten Friedhof.

Bödingen.

Todes-Anzeige.



Meine liebe, gute Schwester, unsere liebe Schwägerin und Tante

Johanna Mast

ist nach langem, mit großer Geduld ertragenem Leiden am Sonntag Nacht sanft entschlafen.

In tiefer Trauer
die Schwester Marie Mast mit Gatten Christian Mast.

Beerdigung Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Lüchtiger, zuverlässiger

Pferdehändler sucht Stelle

Zu erfragen in der Geschäftsstelle des Blattes.

Einen jungen

Mann

von 18—21 Jahren sucht
Kronenbrauerei Nagold.

Bilder

des Reichskanzlers
und Führers

Hitler

für
Behörden
Schulen und
Private

in allen Größen, gerahmt und ungerahmt
in der
Buchhandlung Lauf
Altensteig u. Nagold

Verneid.

Eine ältere, neumeßlige



Ruh

sucht zu kaufen.

Friedrich Seeger & „Ei-der“

Die Fettkarte

gehört nur in den Reggerladen, wo inländisches reines Schweineschmalz und Speck dafür abgegeben wird und auch im Preis nicht teurer ist wie Margarine und andere Fette.

Reggerinnung Altensteig.



ZUR ANFERTIGUNG VON

Grabreden

empfiehlt sich die

W. Rieker'sche Buchdruckerei

Altensteig

Altensteig



Für Gasthäuser
empfiehlt

Papier-Tischtücher

In Krepp und Damast
die

Buchhandlung Lauf

Altensteig und Nagold

Roppel
Schulterriemen
Brotbeutel

für Erwachsene und Kinder
empfiehlt

Wilhelm Henßler
Sattler- und Tapeziergeschäft.



Wir rufen zur Spende für die

„Opfer der deutschen Arbeit“

Sammel-Liste liegt in der Geschäftsstelle der „Schwarzwälder Tageszeitung“ zur Einzeichnung auf.

N. S. D. N. P.
Ortsgruppe Altensteig.

Briefpapiere

in jeder Ausführung mit und ohne Druck liefert schnell und preiswert die

W. Rieker'sche
Buchdruckerei.

Gewerbebank

Altensteig e. G. m. b. H.

Für Mitglieder:
Abgabe von Vorschüssen, Kreditgewährung in laufender Rechnung Diskontierung guter Warenwechsel An- und Verkauf von Wertpapieren

Für Jedermann:
Annahme von Spargeldern bei höchstmöglicher Verzinsung Mindesteinlage 5 Mark Errichtung provisionarier Scheck-Konti

